

Für den politischen Theil:
G. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
A. Kochner,
für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedeknecht,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:
O. Andor in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei H. H. Schell, Hofstet.,
H. Gerber u. Breiterstr. 8, in
H. H. H. in Firma
J. Hermann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei J. Chraplewski,
in Meseritz bei H. H. H.,
in Breschen bei J. H. H.
u. b. d. Inzerat-Annahmestellen
von G. J. Danke & Co.,
Hafenstra. & Högler, Rudolf Högler
und „Jubiläumbank“.

Nr. 167.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle
Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter
des deutschen Reiches an.

Freitag, 7. März.

1890.

Inserate, die sechsgealtene Zeitzeile ober deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 6. März. S. M. Panzerschiff „Deutschland“, Kommandant Kapitän zur See v. Reiche und „Friedrich der Große“, Kommandant Kapitän zur See Graf v. Haugwitz, sind am 6. März c. in Neapel eingetroffen und beabsichtigen, am 12. März c. die Reise fortzusetzen.

Karlsruhe, 6. März. Die „Karlsruher Zeitung“ ist, gegenüber der Nachricht der „Times“, daß der Großherzog Se. Majestät den Kaiser habe wissen lassen, er harmonisiere nicht völlig mit seiner Sozialpolitik, ermächtigt, auszusprechen, daß der Großherzog schon zu der Zeit, als die Fragen der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung sich in den ersten Stadien der Besprechung befanden und zum ersten Male den Reichstag beschäftigten, die Inangriffnahme dieser Fragen durch die Regierungen lebhaft befürwortet habe. Es ergebe sich hieraus, mit welchen Gesinnungen der Großherzog die energische Initiative des Kaisers begrüßt habe, und wie gern er mitwirken werde, diese seine eigenen Absichten zu verwirklichen. Diese Fragen seien zu ernst, als daß man dem Irrthum den Weg zur Verwirrung offen lassen dürfe, wie dies der Berichterstatter der „Times“ beabsichtigt habe.

Wien, 6. März. Abgeordnetenhaus. Der Handelsminister Marquis de Bacquhem erklärte in Beantwortung der Interpellation über die Theilnahme Oesterreichs an der Berliner Konferenz, die österreichische Regierung habe auf die diesbezügliche Berliner Anfrage mit dem Ausdruck der Bereitschaft zur Theilnahme und zum Eintritte in die Verhandlung der betreffenden Fragen geantwortet. Die schweizerische Bundesregierung habe erklärt, von der beabsichtigten Berner Konferenz, zu deren Theilnahme Oesterreich gleichfalls bereit gewesen, Abstand zu nehmen.

Best, 6. März. Abgeordnetenhaus. Bei der Beratung des Landwehrgesetzes stimmte auch die Opposition dem Gesetzentwurf zu, gab jedoch dabei dem Wunsche nach einer weiteren Organisirung der Landwehr in nationalem Sinne Ausdruck. Nach einer beifällig aufgenommenen Rede des Ministers für Landesvertheidigung wurde der Gesetzentwurf in der Generaldebatte mit bedeutender Majorität angenommen. Morgen wird in die Spezialdebatte eingetreten.

Kopenhagen, 6. März. Zum Delegierten Dänemarks auf der Berliner Arbeiterschutzes-Konferenz ist der Geheimrat Staatsrath Bankdirektor Tietgen ernannt. Ferner sind dazu der Fabrik-Inspektor Dr. Toppe und der Direktor Branssen designirt.

Rom, 6. März. Der Großherzog von Hessen ist mit seiner Tochter, der Prinzessin Heinrich von Preußen, hier eingetroffen.

Rom, 6. März. Der Kommandeur des 1. Hessischen Husaren-Regiments Nr. 13, Oberstleutnant Frhr. v. Bissing, ist aus Frankfurt a. M. hier eingetroffen, um dem Könige als Chef des Regiments Photographien der Offiziere desselben zu überreichen. Frhr. v. Bissing hat Morgens seine Karte bei den Hof-Würdenträgern abgegeben und wird heute vom Könige empfangen werden.

Rom, 7. März. Die Kammer hat nach Besprechung der afrikanischen Politik des Kabinetts und den Erklärungen Crispien den Antrag Garibaldis und Genossen angenommen. Die Kammer billigt die Richtung und die einsichtsvolle Leitung der afrikanischen Politik und geht zur Tagesordnung über. — Bei der Interpellation Imbriani betreffs der afrikanischen Politik der Regierung erklärte Crispien, die Politik der Regierung werde, wenn sich die Leidenschaft der politischen Parteien gelegt haben werde, als ruhmreich für das Land beurtheilt werden. Das Hauptziel der italienischen Politik sei es gewesen Kolonien zu gründen und den Handel zu heben. Weder die Okkupation des Landes von Mareh bis Akeren, noch die Weiterentwicklung der italienischen Aktion würden jemals die Eifersucht Englands erregen. Die Regierung befinde sich in vollem Einverständnis mit England. Es sei selbst, daß man jetzt, wo die Italiener nahe daran seien, die Früchte einer glücklichen Politik zu ernten, Beschwerden und Klagen erhebe. Der Redner erwarte ein neues Vertrauensvotum.

Paris, 6. März. Deputirtenkammer. Die Note des Ministers des Auswärtigen, Spuller, an den französischen Botschafter in Berlin, Herbet, bezüglich der Einladung zur Berliner Konferenz wurde in der heutigen Sitzung verlesen. Dieselbe führt aus, daß alle Fragen, betreffend die Industrie sowie die Verhältnisse und das Leben der arbeitenden Klassen stets einen hervorragenden Platz in der Fürsorge der Regierung der Republik eingenommen haben. Sowohl angesichts des Fortschritts, welcher sich in dieser Idee offenbarte, als wegen der Natur seiner eigenen Institutionen könne Frank-

reich sich weniger als irgend ein anderer Staat gleichgültig gegen irgendwelche Bestrebungen zeigen, das Loos der arbeitenden Klassen zu verbessern. Frankreich sei nur seinen alten Traditionen gefolgt, indem es die Einladung der Schweiz im vorigen Jahre annahm. Die Initiative Deutschlands sei also von vornherein sicher gewesen, Frankreich nicht gleichgültig zu finden, aber seine Verpflichtungen gegen die Schweiz gestatteten nicht, eine unmittelbare Antwort auf Deutschlands Einladung zu geben. Seitdem nun die Schweiz von der Berner Konferenz Abstand genommen habe, konnte Frankreich Deutschland das Resultat seiner Prüfung der mit der Einladung verbundenen Vorschläge mittheilen. Spuller erklärte ferner, daß die Zustimmung Frankreichs zur Berner Konferenz durch die Vorsichtsmaßregeln der schweizer Regierung erleichtert worden sei, der Berner Konferenz den Charakter einer ausschließlich technischen Beratung zu bewahren. Dieselbe sollte eine rein internationale Prüfung sein und ihre Beschlüsse durchaus keine Genehmigung seitens der Theilnehmer bedingen. Das Programm der Berner Konferenz hätte die Frage der Begrenzung der Arbeitszeit Erwachsener nicht mit eingeschlossen. Andererseits sollten die Beschlüsse der Berner Konferenz durchaus nicht bindend für die Regierungen sein, welche dieselben einfach als Mittheilung von Vorschlägen empfangen sollten. Die praktischen Vortheile eines solchen Verfahrens könnten dem Berliner Kabinet ebenso wenig entgangen sein als der französischen Regierung. Niemand könne sich über die Schwierigkeiten aller Art Illusionen machen, welche so verwickelte und delikate Fragen mit sich brächten, sowohl bezüglich der Verschiedenheiten in der Gesetzgebung, die Arbeit und das gesellschaftliche Leben betreffend, als auch in dem unvermeidlichen Konflikt der Interessen. Auf keinen Fall könne von der Begrenzung des Arbeitstages die Rede sein, welcher bei Erwachsenen wenigstens so eng sowohl mit den Prinzipien, auf welchen die Gesetzgebung der verschiedenen Staaten beruhe, als auch mit den allgemeinen Bedingungen der Industrie verbunden sei, daß man denselben ausschließlich als eine innere Frage betrachten müsse, die nicht gut diplomatischen Verhandlungen unterworfen werden könne. Es sei der Regierung als unumgänglich erschienen, im Interesse der Aufgabe selbst, zu welcher sie berufen sei, diesen Punkt klar zu stellen, um alle eventuellen Mißverständnisse zu vermeiden. Unter dem Einfluß von diesen Beobachtungen, deren Grundidee und Werth die Reichskanzlei sicherlich würdigen wird, ist die Regierung bereit, im Prinzip der Berliner Konferenz beizutreten. Die Regierung behalte sich selbstverständlich ihre letzte Entscheidung vor, ebenso wie die Verhaltensmaßregeln, welche ihre Vertreter zu befolgen haben, wenn die weiteren Mittheilungen, welche in der Note des Grafen Münster angekündigt sind, die Absichten der deutschen Regierung vollständig klargemacht haben, und wenn die französische Regierung definitiv über den Charakter des Programms und der Aufgaben der Konferenz unterrichtet sei.

Paris, 6. März. [Deputirtenkammer.] Die Sitzung begann mit der Interpellation des Abg. Laur, welcher es der Regierung zum Vorwurf macht, die Einladung zu der Berliner Konferenz angenommen zu haben. Der Sozialist Antide Boyer stellte die Forderung, man solle zur Konferenz Arbeiter entsenden. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Spuller, gab sodann Aufklärungen im Sinne der bereits mitgetheilten Note; hinsichtlich der Auswahl der nach Berlin zu entsendenden Delegirten sagte er, es sei notwendig, Männer zu schicken, welche mit den Arbeiterfragen vertraut wären, und welche sich eingehender mit den beinahe zahllosen Fragen beschäftigten hätten, welche dieses schwierige Problem aufwürfe; Männer, welche nach Berlin die richtige Fürsorge für die Freiheit der Arbeit und das Wohl der Arbeiter mitnähmen; ferner sei es nöthig, den Rahmen der Konferenz nicht allzu sehr zu erweitern. Das wieder stolz und stark gewordene Frankreich werde in Berlin die Stimme der Vernunft, der Menschlichkeit, der Zivilisation und des Fortschritts zur Geltung zu bringen suchen. (Lebhafter Beifall.)

Die vom Minister Spuller geforderte einfache Tagesordnung wurde mit 480 gegen 4 Stimmen angenommen.

Paris, 6. März. Nach einem hier eingegangenen offiziellen telegraphischen Bericht haben die Truppen des Königs von Dahomey gestern Morgen die französischen Posten nördlich von Kotonu wieder angegriffen. Dieselben wurden mit einem Verluste von ungefähr 400, unter denen sich mehrere Anazonen befanden, zurückgeschlagen. Auf französischer Seite sind 8 eingeborene Schützen und ein französischer Kanonier getödtet und eine gleiche Anzahl verwundet worden. Sechs Europäer waren trotz der Warnung des französischen Gouverneurs Bayol in der Stadt Wyddah zurückgeblieben, wo sie sich in Sicherheit glaubten. Dieselben wurden durch Verrath

den Truppen von Dahomey überliefert und in Gefangenschaft abgeführt.

Paris, 7. März. In der Kammer sprach gestern nach Spuller der Boulangist Millevoxe von Elsch-Lothringen. Floquet rief ihn deshalb zur Sache. Als schließlich Millevoxe fragte, ob der Minister eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung annehmen würde, rief dies mehrfache Proteste hervor. Cassagnac sagte, die Regierung könne über die auswärtige Politik nicht zur Rede gestellt werden, gewisse Fragen dürften nicht aufs äußerste erörtert werden; gegenüber der Frage der äußeren Politik existiere weder eine Majorität noch eine Minorität. Danach folgt die bereits gemeldete Annahme der einfachen Tagesordnung.

Belgrad, 6. März. Der Finanzminister hat in der Stupischina eine Vorlage eingebracht, wonach die Ausprägung von 6 Millionen Silberfranken unter gleichzeitiger Einziehung von Kupfergeld erfolgen soll.

Wien, 7. März. Meldungen aus Budapest zufolge sind in ungarischen Ministerrathe Meinungsverschiedenheiten über das Incolatsgesetz entstanden. Tisza sowie der Justizminister Szilagyi hatten abweichende Entwürfe vorgelegt, die anderen Minister standen auf dem Standpunkte Szilagys. Tisza wird heute von dem Kaiser empfangen werden, worauf die Entscheidung erfolgen soll.

lokales.

Posen, den 7. März.

—u. Stadtverordneten-Sitzung. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde ferner eine neue Gehaltskala für die hiesigen Mittelschullehrer genehmigt, nach welcher das Anfangsgehalt 1800 Mark beträgt und in dreijährigen Perioden von je 150 Mark beziehungsweise 100 Mark in 28 Jahren auf das Maximaleinkommen von 3000 Mark steigt. Auch wurde eine neue Gehaltskala für die Rektoren genehmigt, nach welcher diese Beamtensategorie ein Anfangsgehalt von 3300 Mark bezieht und in Stufen von 2 resp. 3 Jahren in 19 Jahren auf den Höchstbetrag von 4500 Mark steigt.

Angekommene Fremde.

Posen, 7. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Rodak aus Podlitz, Flug aus Brody, Mathes aus Janowice, v. Mollard aus Göra, Hl. Landrath von Willich aus Birnbaum, Privatier Kehl aus Wesel, Privatier Frau Huppeler aus Koblenz, Opernsänger Tissero aus Berlin, die Kaufleute Grünig aus Berlin, Weber aus Chemnitz, Plesner aus Berlin, Brück aus Hamburg, Lohöfer aus Berlin, Gareth aus Hanau, Rörber aus Berlin, Meyer aus Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Fr. Luthar aus Marienrode, von Blumenthal und Frau aus Zonow, Frh. von Massenbach aus Bialofisch, Sommerfeld aus Buwiorzyn, Landrath von Jaroski aus Gostyn, Direktor Reimann aus Schroda, Landwirth Frielinghaus aus Al. Chocicza, die Kaufleute Gullmann aus Jbar, Bethge aus Hamburg, Carow aus Wiesbaden, Thiele aus Leipzig, Haffel aus Berlin, Huhle aus Hamburg, Longerich aus Solingen, Joth aus Berlin, Hanen aus Dönné in Dänemark, Sauerbeck aus Mannheim, Richter aus Breslau, Diehl aus Hanau.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Ravierförster Almann aus Stettin, Lehrer Sander aus Gnesen, Holzhändler Hoffheisen aus Hamburg, die Schüler Bött und Nothe aus Wolfstein, die Kaufleute Stummer aus Breslau, Wwe aus Berlin, Blank aus Berlin.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am	6. März	Morgens 0,98
=	=	Mittags 0,98
=	=	Morgens 0,88

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 6. März. (Schluss-Course.) Fest.
1. Anu. 100,00, 20,45, Pariser do. 81,00, Wiener do. 171,40, Reichsanl. 107,20, Oesterr. Silber 74,90 do. Papier 74,90, do. 5proz. do. 87,50, do. 4proz. Goldr. 94,25, 1869er Loose 120,10, 4proz. ung. Goldr. 87,70, Italiener 92,70, 1880er Russen 94,50, II. Orientanl. 68,40, I. Orientanl. 68,30, 5proz. Spanier 72,50, Unif. Egypter 95,10, Konvertirte T. 17,80, 3proz. portug. Anleihen 63,80, 5proz. serb. Rente 83,20, Serb. Tabaksr. 83,20, 6proz. Mexik. 93,90, 80nm. Vastb. 281 1/2, Centr. Pacific 111,50, Frenzosen 190 1/2, Galizier 166 1/2, Gottardbahn 61,90, Hess. Ludw. 118,30, Lom. a. den 110 1/2, Ldo.-Böcherer 171,50, Nordwestb. 71 1/2, Unterelb. Pr.-Akt. —, Kreditation 265 1/2, Darmstädter Bank 160,60, Mitteld. Kreditbank 111,10, Reichsbank 137,70, Disk.-Komm. 230,10, 5proz. amort. um. 97,60, do. 4proz. innere Goldanleihe —, Böhmische Nordbahn 181 1/2, Dresdener Bank 146,60, Anglo-Continental Guano-Werke (vorm. Onlandoff) 150,00, 4pCl. griech. Monopol-Anleihe 76,10, 4pCl. Portugiesen 93,30, Siemens Industrie 149,60, Ludwig Wessel Aktiengesellschaft f. Porzellan und Steingut-Abrikation —, Alaine Montan 79,60, Nordd. Lloyd —, Duxer —, La Veloce 106,50, Gelsenkirchen Gussstahl und Eisenwerke Munscheid 143,50, Privatdiskont 3 1/2 Proz.
Nach Schluss der Börse: Kreditation 267 1/2, Franzosen 191, Galizier 168 1/2, Lombarden 110 1/2, Egypter 95,10, Diskonto-Kommandit 231,60, Darmstädter —, Gottardbahn 163,40, Ludwig Wessel Aktienges. f. Porzellan- und Steingut-Abrikation —, 4proz. Ungarische Goldrente —, Mainzer —, Russische Nordwestbahn —, Laurahütte —, Norddeutscher Lloyd —, Anglo-Continental-Guano —, Türkenloose —, Dresdener Bank —, Schweizer Nordost —, La Veloce —, Laurahütte —, Gelsenkirchen —, Zolltürken —.
Wien, 6. März. (Schluss-Kurse). Nach mehrfachen Schwankungen bei beruhigter Stimmung Schluss auf Berlin fest.

